

Schuhmacher-Fachblatt

Organ der deutschen Schuhmacher

Erzische die Wahrheit,
Denn kommt du zur Markte.

Erzcheint jeden Sonntag. — **Abonnementpreis:** pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. **Preis** zu beziehen durch die Expedition in Ostpr. Kreuzbandungen innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare à 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren à 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Verlagspreisliste unter Nr. 7114. — **Insertionspreise** werden mit 25 Pf. die dreizehnpennige Zeile für oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 27

Gotha, 5. Juli

1903

Zur Lage des Schuhmacherhandwerks.

II.

Ueber die Geschäftslage des Handwerks wissen die meisten Berichterstatter nur ungünstiges zu berichten. Die Noten lauten gewöhnlich: „flau“, „schlecht“, „sehr langsam“, „schleppend“, „unbefriedigend“, „nicht sehr gut“, „nicht besonders“, „ungünstig“, „nicht gut“, „sehr schlecht“. In einer kleineren Anzahl von Städten ging das Geschäft „mittelmäßig“, in wenigen „gut“ und „besser“. Unter diesen Umständen gab es an zahlreichen Orten Arbeitslose — arbeitslose Gehilfen — und zwar in Berlin im Januar dieses Jahres circa 300, Breslau 150, München 400, Dresden 120, Hamburg 30, Hofen 80, Düsseldorf 348, Hamburg 30, Stuttgart durchschnittlich während des Berichtsjahres 15, Magdeburg 8, Königsberg 20, Barmen 100, Potsdam 40, Darmstadt 16, Karlsruhe 50, Albst 12, Würzburg 15, Regensburg 10, Elmshorn 20, Ottenen 10 bis 15 u. s. w. Es dürfte im Laufe des Jahres 1902 mehr als 1500 arbeitslose Werkstattschuhmacher gegeben haben, woraus hervorgeht, daß trotz der weitverbreiteten Unlust der Knaben, die Schuhmacherei zu erlernen, an gelernten Schuhmachern kein Mangel ist. Diese Tatsachen lassen erkennen, wie durch die Konkurrenz der Schuhfabriken, der Schuhhändler und der Schnellschleiere, auf die wir in einer gesonderten Darstellung zurückkommen werden, das Tätigkeitsgebiet des Schuhmacherhandwerks immer mehr eingeengt und geschrumpft wird. Die Angaben über die Arbeitslosigkeit unter unsern Werkstattkollegen beweisen aber auch noch etwas weiteres, nämlich die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verein deutscher Schuhmacher.

Von besonderem Interesse sind die von zahlreichen Berichterstattern auf den Fragebogen zu den gemachten statistischen Angaben gegebenen erläuternden Bemerkungen. So ist auf dem Mü n c h e n e r Bogen bemerkt, daß die vergleichsweise Zunahme der Zahl der Gehilfen auf über 900 durch die von der Zwangsinnung ermöglichte vollständige Ueberfüllung zu erklären ist; früher sind zahlreiche Kleinmeister mit nur einem Gehilfen in den Erhebungen und Zählungen nicht erfasst worden. Die Bemerkung auf dem Leipziger Bogen zeigt wieder, wie weit unsere Kollegen von der Luft am Streifen nur des Streifens wegen entfernt sind. Sowohl die Kollegen in den Werkstätten wie die in den Fabriken haben alle Ursache, eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse herbeizuführen, allein im Hinblick auf die schlechte Geschäftslage unterließen sie bezügliche Schritte und taten so auch nicht den manchem Unternehmer wohl erwünscht gewesenen Gefallen eines frischen und frohen Streifens. Der Danziger Berichterstatter bemerkt: „Es besteht hier vorwiegend noch das Zwischen- (Schwitz-) Meister-System, sämtliche arbeiten für Bazare. Wie groß die Zahl der hier beschäftigten Gehilfen ist, läßt sich auch nicht genau feststellen, circa 150. Auch arbeitet ein ebenso großer Teil selbständiger Gehilfen als eigene Unternehmer für Bazare.“

Recht bemerkenswerte Mitteilungen macht der berichtserfahrene Kollege in Wiesbaden. Darnach wurden gezählt:

	1902	1900	1892	1890
Einwohner		86074		64670
Schuhmachermeister	417		396	382
Schuhhandlungen	52		42	36

Die Einwohnerzahl Wiesbadens hat sich in den zehn Jahren von 1890 bis 1900 um fast ein Drittel vermehrt, die Schuhhandlungen bis 1902 um fast die Hälfte, aber die Schuhmachermeister nur um die kleine Zahl von 382 auf 417, um 35. Und auf diese 417 Meister kommen nur 110 bis 120 Gehilfen, die sich auf 105 Meister verteilen, welche der Innung angehören. Die in der kleinen Tabelle angeführten Zahlen sind genau, denn sie sind dem Adressbuch entnommen. Unser Kollege bemerkt zu seinen Angaben: „Beachtenswert ist die große Zahl der allein arbeitenden Meister, wie sie das Adressbuch aufweist und worin auch jene einbezogen sind, die Halb- oder gar nur Viertelmeister, also fast lauter Logisarbeiter sind. Der Unterschied von Meistern und Gesellen verweist sich immer mehr. Die Entwidlung am Orte kommt aber besonders in der Zunahme der Schuhläden

und zwar großer, glänzend ausgestatteter Schuhbazare, die fast Warenhäuser sind, zum Ausdruck.“

Die 120 Meister in Croitzsch, welche der freien Innung angehören und zwar meistens nur der Sterbekasse derselben wegen, beschäftigen in ihren Werkstätten zusammen nur 10 bis 12 Gehilfen, dagegen etwa 60 Heimarbeiter. „Das Handwerk wird noch verschiedenlich ausgeübt. So gibt es einen Teil Meister, welche mechanischen Betrieb haben, gleichzeitig aber auch einige Arbeiter auf gerendete Arbeit beschäftigen. Ein anderer Teil hat Maß- und Flickarbeit, ihr Absatzgebiet ist hauptsächlich Leipzig. Dieselben arbeiten entweder allein, oder nur mit einem Gehilfen oder Lehrling. Einige verfahren noch nach dem alten Modus, wie er vor ungefähr 30 Jahren üblich war, sie beschäftigen 3 bis 6 Heimarbeiter, liefern an bestimmte Kundschaft und beziehen zum Teil auch noch Messen und Märkte. In dem dieser Absatz aber nicht genügt, haben sie noch Personen, die die fertigen Waren im Hausverkauf absetzen. Dessen Verbot gehört aber bekanntlich zu dem Rüstzeug der handwerksetretischen Innungsleute.“

Aus Augsburg wird berichtet: „Die Verhältnisse am Orte gehören zu den schlechtesten in ganz Deutschland. Die indifferenten Kollegen sind schwer zu gewinnen, besonders die Schopparbeiter. Mißstände herrschen über Mißstände. In einer Werkstatz wurde durch Eingreifen der Organisation die Arbeitszeit um 2 1/2 Stunden reduziert.“ Freiberger: „Auch hat es noch etliche Schuhmacher am Orte, die nebenbei andere Arbeit machen. Bemerk sei noch, daß die Schuhmacher lieber in die Zentralkrankentafel gehen, anstatt sich zu organisieren.“ Die Kollegen sollen das eine tun und das andere nicht lassen. Der Verein deutscher Schuhmacher sorgt durch Anstrengung bedrückender Arbeits- und Lohnverhältnisse, durch Arbeitslosen, Reise, Umzugs-, Notlagen- und Rechtshaus-Unterstützung für die gefunden, die Zentralkrankentafel für die kranken Mitglieder. Weissen: „Hier kann man genau den Niedergang des Handwerks beobachten. Fortgesetzt werden neue Schuhhandlungen eröffnet, die nach einigen Wochen Pleite machen und so entfleht ein Schundpreis und bleibt nur wenig neue Arbeit für den Schuhmacher. Es wird hauptsächlich geflickt. Ist in den ersten Tagen der Woche wenig zu tun, so müssen die Gehilfen eben bummeln; meistens sind es junge Leute, die sich später der Fabrik zuwenden.“ Neuhuppiner: „Die Geschäftslage ist als mittelmäßig zu bezeichnen. Die Maßarbeit wird durch die Fabrikarbeit immer mehr verdrängt, die Schopparbeit ist also im Rückgang begriffen. Die Handwerksmeister haben am Orte eine scharfe Konkurrenz, indem am Orte ein Schuhbazar besteht mit gutem Umsatz von Fabrikarbeit und außerdem noch drei Warenhäuser, welche ebenfalls Schuhwaren zum Verkauf führen.“

Noch schiefliche Zustände, in denen die ganze traurige Rückständigkeit des Schuhmacherhandwerks zum Ausdruck gelangt, bestehen in Bezug auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit. Nur in 24 von 102 Orten besteht der Behnstundentag. Es sind dies fast lauter Orte, in denen die Werkstattkollegen meistens gut, mehrfach bis auf den letzten Mann organisiert sind, so daß der Zusammenhang von guter Organisation und kürzerer Arbeitszeit ohne weiteres in die Augen springt. Von den Orten mit dem Behnstundentag seien genannt München („wird aber nicht immer gehalten“), heißt es in einer Bemerkung), Nürnberg, Hamburg, Kiel (jezt 9 1/2 St.), Bielefeld, Charlottenburg, Bremen, Wülheim a. Rh., Flensburg, Bremerhaven, Coburg, Eberswalde, Dürenburg, Altona, Altenburg, Ottenen, Solingen, Cannstatt, Schleuditz, Bant, Jöhese, Glöckstadt, Erlangen, Neumünster. Man erfährt daraus, daß der Behnstundentag nicht nur in den großen Städten, sondern auch in kleinen Orten möglich ist und daß es an unsern Kollegen selbst liegt, ihn überall da ein- und durchzuführen, wo noch eine längere Arbeitszeit besteht. Sie arbeiten einfach nicht länger und es muß gehen.

In Frees und Saalfeld besteht die 10 1/2 stündige Arbeitszeit, in 7 Orten (Stuttgart, Elmshorn, Magdeburg, Meissen, Lößau, Harburg und Wiesbaden) wird 10 bis 11 Stunden gearbeitet, in 16 Orten (Breslau, Dortmund, Segeberg, Bunsau, Düsseldorf, Chemnitz, Remscheid, Straßburg i. E., Gienach, Speyer, Würzen, Rehna i. W., Wülheim a. W., Kempe, Dietesheim, Neizen)

11 Stunden. In 44 Orten beträgt die Arbeitszeit 10 bis 12, 12, 13, 13 bis 14, 14, 14 bis 15, 10 bis 15, 16 Stunden. Auf zahlreichen Bogen stehen statt bestimmter Zeitangaben Bemerkungen, wie „unbestimmt“, „ganz unbestimmt, meistens lange“, „unregelmäßig“, „verschieden“, „keine feste Arbeitszeit“, „von 7 bis 7 1/2“, „von 7 bis 9“, „von 7 bis 11“, „ist nicht ganz genau zu ermitteln, doch dürfte sie durchschnittlich 14 Stunden betragen. Es wird die ersten Tage in der Woche gewöhnlich nicht so lange gearbeitet, während dafür an den letzten Tagen bis Mitternacht und darüber geschuftet wird“ (Croitzsch); „die Werkstätten kommen nicht in Betracht, in der Hausindustrie wird 12 bis 14 Stunden gearbeitet“ (Frankfurt a. D.). 10 Orte haben über die Arbeitszeit nicht berichtet.

Ueber die Lohnverhältnisse wird wenig berichtet. Der Landshuter Berichterstatter bemerkt: „Der durchschnittliche Wochenlohn der hiesigen Schuhmachergehilfen beträgt 8 bis 10 Mk. Wir haben eine menschenunwürdige Lage, wo Hilfe dringend notwendig ist.“ Köpenick: „Im Durchschnitt übersteigen die Löhne am Orte nicht 15 bis 16 Mk. Die Stücklöhne betragen für Sohlen und Fletzen 90 Pf., für Frauenarbeit 65 bis 70 Pf., für Herrenböden, genäht und nach Maß 3,50 bis 4 Mk., auf Vorrat 3 bis 3,25 Mk., genagelt und nach Maß 2,50 bis 2,75 Mk., auf Vorrat 1,75 bis 2,50 Mk., für Frauenarbeit bis zu 1 Mk. weniger.“ Göttingen: „Die Löhne sind hier am Ort auch nicht die besten. Wochenlohn bei Kost und Logis 5 bis 6 Mk., Stücklohn 14 bis 17 Mk., 6 Arbeiter gibt es, die über 20 Mk. verdienen, resp. verdienen müssen.“

Insofern die Berichterstatter sich über die Aussichten des Handwerks äußern, geschieht dies meistens in pessimistischen Worten. Aber sehr richtig wird die Gestaltung der Verhältnisse des Handwerks in Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage gebracht. Hat diese während der Krise im Handwerk starken Mangel an Arbeit verursacht, so wird sie bei eintretender Besserung dem Handwerk mehr Arbeit bringen. Unser Göttinger Berichterstatter macht auf den Rückgang der technischen Leistungsfähigkeit des Handwerks aufmerksam, indem er schreibt: „Die Ausichten des Handwerks sind ebenfalls schlecht, insbesondere für die Maßgeschäfte. Ich mache jetzt schon seit einigen Jahren die Beobachtung, daß diese bedeutend zurückgehen, es kann z. B. am hiesigen Ort nur noch von einem besseren Maßgeschäft die Rede sein. Woher kommt das? Weil die Herren Meister nicht mehr im Stande sind, das zu bieten, was verlangt wird. Die alten Specklager können nur sagen: „I hau schau mei Sach, i will net mai lerna.“ Ist dem so, beharrt man bei der alten Schablone, dann freilich ist der Rückgang des Handwerks auch aus dieser Ursache sehr natürlich und keineswegs überraschend. Als sehr beachtenswert sei aus Göttingen hier noch erwähnt, daß dortselbst die organisierten Kollegen 11, die unorganisierten 13 Stunden und noch darüber arbeiten.“

Wesentlich ist in diesem Frühjahr eine wirtschaftliche Besserung eingetreten, die, wie eingangs des ersten Artikels erwähnt, unsere Kollegen mit gesundem Verständnis für die Situation an verschiedenen Orten benutzten, um eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erreichen. Die darob aufgetragenen Schuhmachermeister haben dazu aber, ganz abgesehen von andern triftigen Gründen, um so weniger Ursache, als sie ihrerseits sofort die schlechte Zeit benutzen zu Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse. So wird aus 13 Orten von Lohnreduktionen seitens der Meister berichtet und in 8 Fällen konnten sie dieselben auch durchsetzen. In Neumünster gelang es ihnen freilich nur da, wo die Kollegen nicht organisiert waren.

Daraus kann jeder Kollege die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation ersehen und darum zum Schlusse unser Appell an alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen: Sine in den Verein deutscher Schuhmacher!

Die Reichstagswahlen.

Die Stichwahlen vom 26. Juni haben den Triumph der Sozialdemokratie vom 16. Juni vollständig gemacht, zu den 66 im ersten Ansturm errungenen Mandaten wurden weitere 26 errungen, so daß nun die deutsche Arbeiterschaft durch 81 Ab-

ordnet im Reichstag vertreten ist. Die sozialdemokratische Partei ist damit sehr nahe an die 100 Mitglieder zahlender Zentrumsfraktion herangerückt, während im verlassenen Reichstag zwischen ihren 88 und den 106 Abgeordneten des Zentrums eine erhebliche Differenz bestand. Würden die frühmorgenen Parteien in allen den Schwämmen, wo ihnen die ausschlaggebende Rolle zugefallen war, statt für rechtsdenkende Bürgerliche, für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt haben, wie dies umgekehrt die Sozialdemokraten zu Gunsten der frühmorgenen Kandidaten taten, so würden allerdings der sozialdemokratischen Partei weitere Mandate zugefallen sein, so daß sie der Zentrumsfraktion noch näher gekommen wäre. Der Name des „Freisinn“ ist eben für viele seiner Träger nur Schall und Rauch.

Ganz vollenbel haben die Schwämme das am 16. Juni begonnene Stimmzettel der Sozialdemokraten in Sachsen, und zwar zum Teil in den 23 Wahlkreisen 22 im Besitze derselben sind und nur noch 1 Wahlkreis von einem bürgerlichen Abgeordneten vertreten wird, nämlich Baugen durch einen Antikristen. Besonders erfolgreich ist von den sozialdemokratischen Schwämmen derjenige in Leipzig, der so lange dem sozialdemokratischen Ansturm widerstandenen nationalliberalen Kochburg, wo mit 19 000 gegen 16 000 Stimmen der „rote Postmeister“ Mörteler gewählt wurde. Nicht minder erfolgreich ist der Sieg über den agrarisch-reaktionären Anuten-Derel in Freiberg und der schon in der Hauptwahl erzielte Sieg in Zwickau-Marienberg über den Oberkammerherrn Jende, den früheren Direktor der Struppischen Werke in Offen. Den geschworenen Arbeiterbund, der 1899 zu den 12 000 Wählern die Graf Polabomst von Schrammherdendorff zur Förderung der Zwickauer Fabrik verlangte, 5000 Mt. beigetragen hat, der überall dabei ist, wo ein reaktionärer Streik gegen die Arbeiter geplant oder ausgeführt wird, sollen die Arbeiter als ihre Vertreter in den Reichstag entsenden! Diese Zustimmung war eine schwere Beilegung für die proletarischen Wähler, die man für Völkern oder Dummköpfe halten mußte, um an sie ein solches Amt zu stellen. Diese Kandidaten Jende beweist, wie wenig die Schwämme denken und wie sie ihm daher nur den politischen Schlimmer anempfehlen. Aber die Arbeiter des 20. sächsischen Wahlkreises waren nicht die vermeintlichen Käber, die ihre Wähler selber wählen, sondern sie wählten mit 16 609 Stimmen den Sozialdemokraten Hofmann, während der Oberkammerherr nur 10 602 Stimmen erhielt, freilich behauptete er, wie viel auch die Qualität der Kandidaten. Aber die sozialdemokratischen Stimmen haben sich gegenüber den 8900 im Jahre 1898 fast verdoppelt, während die Schrammherdendorff nur um 500 gestiegen sind. Die sozialdemokratische Mehrheit von 5000 Stimmen bedeutet eine seine Leistung für die an die Zwickauer Fabrik von Jende beigekauften 5000 Mt. — jede Wahl ist eine Sozialdemokrat!

Insgesamt betragen die sozialdemokratischen Stimmen in Sachsen 453 000, um 158 000 mehr als 1898, während die Gegner einen Rückgang um ca. 11 000 erlitten und mit rund 800 000 Stimmen um 158 000 weit hinter der sozialdemokratischen Partei zurückbleiben. Die große Mehrheit des sächsischen Volkes ist also sozialdemokratisch gesinnt und man kann daher Sachsen mit Recht das „rote Königreich“ nennen. Die Erhebung der 22 Wahlkreise von den 28 und der dadurch bewirkte fast völlige Ausschluß der bürgerlichen Parteien von der Vertretung im Reichstage ist die wichtigste Antwort des von der sächsischen Reaktion so unglücklich in allen Formen mißhandelten arbeitenden Volkes auf das elende Direktorialverhältnis und des damit erzielten vollständigen Ausschusses der Sozialdemokraten aus dem Landtage. Dieser empörende reaktionäre Streik erwies sich also als jene Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Befähigt ist den Herrschenden in Sachsen angeht der durch die Reichstagswahlen so erheblich abgeklärten Situation auf keinen Fall, unwiderrücklich, als sie dermaßen unüberwindlich gegenüber stehen. Nachfolger kann die sächsische Reaktion die Arbeiterkraft nicht mehr machen, an Schlägen, Verfolgungen und Unterdrückungen aller Art kann ebenfalls nicht mehr als bisher gelangt werden und schließlich gibt es kein Mittel, die sozialdemokratische Stimmung auszurotten. Das Schicksal ist wohl, daß in dem Lande, in welchem keine roten Untertanen, keine roten Leuten roten Leuten, keine roten Knechten, keine roten Schurken und keine roten Blümen zu haben gemacht werden dürfen, weil sie „republikanische Absichten“ haben, die Republikanten die große Mehrheit haben. Die reaktionäre Regierungsmehrheit darf sich diese ihre erfolgreiche Methode patentieren lassen.

Wichtige Antworten auf die an ihnen anlässlich der Krupp-Affäre von den kapitalistischen Schrammherdendorff, Bogum, Magdeburg zu verübten jährlichen Erpressungen, Bergevolungen und Verregelungen sind auch die 100 000 sozialdemokratischen Stimmen, welche in diesen Wahlkreisen die Arbeiter abgegeben haben. Und da erstreckte sich in Offen ein Superintendent Klingemann dem Kaiser zu sagen, in Offen gebe es keine Sozialdemokraten! So wenig Fühlung haben die oberen Reichtümer mit dem arbeitenden Volke, so wenig kennen sie dessen Denken und Empfinden. In der Tat trennt eine ganze Welt diese Klassen und die Klüft wird nicht kleiner, sondern fortwährend größer, woran die Besessenen und Herrschenden auch mit wahrem Eifer arbeiten. Die gewaltigen sozialdemokratischen Stimmenzahlen in den reichthumsverfallenen Industriebezirken und in verschiedenen anderen sächsischen Wahlkreisen, wie Magdeburg und Breslau, haben auch den frechen Schwindel einhüllt, den dort im Herbst 1902 die Schlotjunker mit den proletarischen Ergebnissadressaten inszeniert hatten; die Bochumer Arbeiter hatten gar eine Petition um Erlass eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter unterschreiben müssen!

Die richtige Antwort auf den Raub des Koalitionsrechts, den in Bremen der Norddeutsche Lloyd an 1200 Werftarbeiter beging, haben auch in diesem Wahlkreise die Arbeiter mit der Wahl des Sozialdemokraten Schmalz gegeben, der 24 869 Stimmen erzielt gegen 18 686 in 1898, also diesmal um rund 6000 mehr.

Von den großen Schuhindustrie-Zentren ist einzig Weiskensfeld durch einen Sozialdemokraten im Reichstage vertreten. Im Pirmansjer Wahlkreise ist der nationalliberale Lederfabrikant und Kommerzienrat Reimeder, der im letzten Reichstag für den Bucherari gewählt hat, wiedergewählt worden. Im Offenbach ist leider der bisherige Sozialdemokrat Ulrich gegen einen Nationalliberalen unterlegen. Es bleiben Mainz, Frankfurt a. M., Berlin, Großsied, Dresden, Stuttgart u. d. sozialdemokratische Abgeordnete gewählt haben. Unterlegen sind ferner die Schuhmaderkandidaten mit der einzigen Ausnahme unseres Kollegen Bod, der in seinem alten galbischen Wahlkreise schon im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde.

Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stimmen, die am 16. Juni, dem Hauptwahltag abgegeben wurden, beträgt 8087 000 gegen 2 118 073 im Juni 1898, der Zuwachs beläuft sich auf nahezu 1 Million Stimmen. Seit der ersten Wahl im Jahre 1871 hat die sozialdemokratische Partei folgende Entwicklung genommen:

Jahr	Stimmen	Abgeordnete
1871	118 048	2
1874	350 861	10
1877	498 258	13
1878	487 163	9
1881	311 961	13
1884	549 990	24
1887	758 123	11
1890	1 427 293	46
1893	1 780 983	44
1898	2 118 073	56
1903	3 087 000	81

Dieser glänzende Entwicklungsgang zeigt, wie sich die Arbeiterpartei mühsam Schritt für Schritt gegen eine ganze Welt von Hindernissen durchzukämpfen mußte, wie sie den 12jährigen Druck des Sozialistengesetzes stetig überwand und trotzdem von Sieg zu Sieg geht. Der Vergleich der in den drei Jahrzehnten erzielten sozialdemokratischen Stimmen zeigt relativ den größten Sprung von 1871 bis 1874, da eine Verdreifung der Stimmen stattfand; insofern ist eine solche gewaltige Steigerung in so kurzen Zeitraum nur bei kleineren Zahlen möglich. Aber dennoch hat von 1887 bis 1890 eine Verdoppelung des 1/2 Million auf 1 1/2 Million stattgefunden; die numerisch größte Steigerung ergab jedoch die Wahl vom 16. Juni 1903 mit nahezu 1 Million, ein Aufschwung, der in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wie in der aller Parteien in allen Ländern beispiellos dasteht. Dieses Wachstum ist ein glänzender und überaus überzeugender Beweis von der festen und unermüdbaren Beharrlichkeit der sozialdemokratischen Ideen, ein glänzendes Vertrauensvotum der deutschen Arbeiterkraft für die sozialdemokratische Partei, eine Anerkennung der sozialdemokratischen Tatkraft. Die 3 Millionen sozialdemokratischen Stimmen des 16. Juni bedeuten den stetigen Vormarsch der sozialen, geistigen und kulturellen Revolution, den Sieg der neuen über die alte Weltanschauung.

Die 3 Millionen sozialdemokratischen Stimmen bedeuten auch eine gründliche Abrechnung der Arbeiter mit ihren Verärgern und Verfolgern, ihren Ausbeutern und Unterdrückern, mit dem Junkthum, dem Brotmacher, dem Staatsrecht, den Volkshäutern, der Kapitalisten, dem Schrammherdendorff, dem Sozialisten, den Anführern gewaltiger und empörender Verräther, dem Verurteilung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, des Militarismus und des Wahnsinns, der Welt- und Grobverlogenheit. Hinter den protestierenden 3 Millionen sozialdemokratischer junger Männer und Frauen, die das Schicksal der sozialdemokratischen Massenpolitiker des 16. Juni noch gewaltig steigern. Die 3 Millionen sozialdemokratischen Stimmen sind die reifen Früchte der mit Ruhe, Beharrlichkeit und Geschicklichkeit verrichteten planmäßigen und zielbewußten Aufklärungs-, Agitations- und Organisationsarbeit, die erhebenden Beweise dafür, daß nicht der geringste Teil derselben umsonst getan ist. Die Revolutionierung der Körper, b. h. ihre Erfüllung mit den neuen Ideen, diese einzig wahre, gründliche und unzerstörbare Revolution, diese Revolution der Geister und Ummahlung der Kultur, hat am 16. Juni eine impulsive Manifestation gemacht und die Worte Friedrich Engels bestätigt: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre“, die „Umwälzer“, wir gebeten weil besser bei den geistlichen Mitteln, als bei den ungeschicklichen und dem Unschmerz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zu Grunde an dem von ihnen selbst geschaffenen geistlichen Zustande. Sie zucken verzeiwelt mit Döblin Barrot: „La legalité nous tue“ (die Geheißtheit ist unser Tod), während wir bei jeder Geheißtheit pralle Muskeln und rote Adern bekommen und aussehen wie das emige Leben...“ In der Tat, Engels hat recht behalten. Es geht vorwärts!

Aus unserem Beruf.

Berlin. Da der Streik hier fortan, so erlöchen wir die ausmärtigen Kollegen den Zug von Waghshuhmachern nach Berlin strengstens fernzubalten.

Freiburg i. B. Da die hiesigen Schosbarbeiter vor einer Lohnbewegung stehen, so erlöchen wir den Zug nach hier streng fernzubalten.

Samburg. Infolge des Ausstandes sind die Kollegen überall vor Zug nach Samburg, Altona und Ditten so zu gewarn.

Hamburg. In der hiesigen Beschlusssitzung sind Differenzen ausgebrochen. Zug ist fernzubalten.

Wegsack. Da hier Lohnbitten ausgebrochen sind, so erlöchen wir den Zug nach hier fernzubalten.

Wesch (Genesee). Die in den Werstätten beschäftigten Kollegen stehen in einer Lohnbewegung.

Zug nach Sweden ist fernzubalten. Im Neubammer Zentralanzeiger werden Zugkinder und Steppenreiter nach Schweden gelüdt. Da unsere Kollegen dort seit dem 22. Juni ausgehert sind, bitten wir, dies zu beachten.

Geberg. Die Lohnbewegung am hiesigen Ort ist als beendet zu betrachten.

Eine recht eindringliche Warnung erlöchen unsere Kölner Kollegen, indem sie sich mit einem großen, gelben Plakat mit schwarzem, großen Lettern wie folgt an die Kollegen wandten: Achtung Schuhmacher! In Berlin sind die Kollegen der ersten Waghshühler seit mehreren Wochen im Streik. Die Geschäftshäuser versuchen, die Streikarbeit in Köln herzustellen zu lassen. Ein heftiges größeres Waghshühler hat für Berliner Geschäft Streikarbeit übernommen. Die Arbeiter sind jedoch dahinter gekommen und haben erntmüthig die Freigstellung von Streikarbeit verweigert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch andere hiesige Geschäft für Berlin Streikarbeit übernehmen, deshalb erlöchen wir die Kollegen, genau zu achten und beim geringsten Verdacht, an Wästen, Schäften und Bestellungen von Streikarbeit, im Vereinslokal, Kramerstraße 10, sofort Mitteilung zu machen, damit der Fall unterführt wird und weitere Maßnahmen getroffen werden. Kollegen, werdet nicht zu Verrätern! Hoch die Solidarität!

Janungen und Arbeiterbewegung. Auf der Tagesordnung des am 19., 20. und 21. Juli in Hamburg stattfindenden Verbandstages des Bundes deutscher Schuhmacher stehen u. a. folgende Punkte. Die Streikarbeit und deren Abwehr, Stellungnahme zu den Militärverhältnissen und teilweise Anerkennung des Militärverhältnisses und sein Einfluß auf die Fortentwicklung und zukünftigen Betriebsformen in unserem Handwerk, die Ausbeutung der sozialen Kräfte, Alters- und Invalidenversicherung auf den selbständigen Handwerker, ferner Beschäftigungsmöglichkeiten, Janungenstrafen, Umschlagsteuer, unzulässiger Wettbewerbs, Legitimationspflicht der Gesellen, Arbeitsnachweise.

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, die am 21. Juni in Nürnberg stattfand, hat für uns nichts besonders bemerkenswertes. Ueber die Behandlung der Arbeiterfrage, berichtet der „Schuhmarkt“ in 86 Druckzeilen. Der Vorsitzende, Herr Wang, erwähnte in seiner bezüglichen Rede die Vorgänge in Pirmanses und Dresden, bei denen selbstverständlich er und die Fabrikanten im Recht, der Vorsitzende des Vereines deutscher Schuhmaderkollegen Simon und die Arbeiter im Unrecht waren. So ist es immer gewesen. „Es sei ihm nie eingefallen, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzuzweifeln, vielmehr sei er seit der Gründung des Verbandes in Offenach in Wort und Tat für die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts der Arbeiter eingetreten. Das sei auch in Pirmanses zu seiner Freude zum Ausdruck gekommen. (Weil die Fabrikanten die von ihnen angeforderte Verminderung der Organisationskraft nicht erzielten. A. Weh.) Weiter verfuhr er wiederholt, stets dazu beitragen zu wollen, Streitigkeiten mit den Arbeitern auf vernünftiger Grundlage aus der Welt zu schaffen.“ Herr Koop-Pirmanses dankte dem Fabrikantenverband für die dem Pirmansjer Fabrikanten während der Ausbreitung geleisteten Dienste. Von den verschiedenen Resolutionen erwähnte er eine solche an das Reichsamt des Innern, betreffend Herabsetzung der Lederölle, ferner betreffend Abrechnung der von den Schuhhändlern vorgehaltenen Verabreichung internationaler Genossenschaft für Schuhwaren und Wästen, betreffend Verrentlichung der sportmäßig, aber aus spekulativ-gewinnbringender Absicht arrangierten und einander jagenden „Fachsitzungen“, an

denen sich zu beteiligen schließlich jedem einzelnen Fabrikanten freigestellt wurde. Der Wänsische Leder-Verkauf wurde auf 1 Jahr mittheilweise in Bamberg zur Benutzung sämtlicher Verbandsmittel aufgeschlüsselt. In Sachen der Schuhpreiserhöhung verstand die Verbandsvorstand ein Aufschreiben in 14 000 Exemplaren, die 700 Mt. kosteten. Ausgeführt konstituierte Herr Wang, daß der Verband in Bezug auf die Preisverhältnisse nichts ausrichten könne. Ein Schäftefabrikant benutzte das Formular sogar zu besonderer Geschäftsmacherei, indem sein Weidner es der Kundenschaft vorwies und erklärte, nicht zum Verband zu gehören, sowie nach wie vor zu den alten Preisen zu verkaufen. Einzig sind die Herren nur, wenn es gegen die Arbeiter geht. Schäftekritik wurde an der von den Schuhhändlern den Fabrikanten gegenüber praktizierten Arroganz nicht, ebenso an der Veröffentlichung der lächerlich gepöbelten und beschuldigten Versammlungsberichte der Schuhhändlervereine in den Fabrikantenblättern. Nicht gefügt wurde, daß die Schuhhändler nur darum so arrogant sind und sein können, weil die Fabrikanten in ihrer Konkurrenzfähigkeit hinsichtlich um sie reiten. Der Verein der Nähmaschinenfabrikanten löste sich auf und überließ sein Vermögen von 817,78 Mt. dem Verbande. Dieser Vermögensbeitrag 1847,6 Mt. In den Vorstand wurden wiederum die Herren Mann-Bamberg, Heiman-Schweinfurt, Schütz-Düsseldorf und Schlegel-Berlin gewählt. Die nächste Hauptversammlung findet in Berlin statt. Erwähnt sei schließlich noch die Abrechnung des von den Schuhhändlern gestellten Verlangens, daß die Fabrikanten an ihre Arbeiter keine Schäfte mehr abgeben. Das Verdingungsprogramm hat den Herren verschiedene Freuden und Genüsse.

Ueber die Geschäftslage in Weiskensfeld wird berichtet: Der größte Teil der 80 Schuhfabriken am Platze ist auch nach dem Ziele mit Aufträgen weit hinaus versehen und ist daher die Beschäftigung nach wie vor lebhaft. Einige Fabrikanten, zumal solche, welche für Detailhandlung arbeiten, waren zwar angeht des kommenden Pfingstfestes aus der Beschäftigung, haben aber immer noch über den Wangel an Aufträgen auf spätere Termine zu klagen. Farbige Schuhwaren werden (ebenso verlangt, besonders in farbigen Ziegenledern, wobei nur echte Ware zur Verarbeitung kommt. Die billigeren farbigen Schäfte sind hier fast nicht begehrt. Mit beherzigt die jetzige Saison. Besonders lebhaft ist zur Zeit auch Schuhwert aus Porzellan gefertigt. Die Preise für dieses Leder sind wieder um einige Prozente gestiegen. Das Detailgeschäft in der Provinz ging in den letzten Wochen besonders ruhig, weshalb auch die für dieses Genre arbeitenden Fabrikanten nicht mit Aufträgen überhäuft sind. Die Preise für die Schuhwaren konnten trotz der erhöhten Lederpreise immer noch nicht gesteigert werden, obgleich sie dieselben sind wie zu der Zeit, als die Lederpreise niedrig standen.

Schuhmader vor Gewerbesteuer. Aus Nirsberg wird berichtet: 250 Mt. rückständigen Abson habe sich der Inhaber einer Schuhmaderen von einem Schuhmachergehilfen zurückbehalten, weil letzterer angeht einen Schaben in dieser Höhe angebracht hat. Der Geselle bestritt dieses jedoch und verlangte im Klagenwege die Erstattung der 250 Mt. Im Vergleichswege erhielt er 1,50 Mt. ausgezahlt, womit er sich auch für abgefunden erklärte.

Illustration zu der industriellen Geheißtheit der Arbeiterklasse. Der sächsische Fabrikant Nürnberg in Berlin verfahrenlich in „Schuh und Leder“ eine Warnung, in der er mitteilt, daß der „Schuhmarkt“ aus andern Zeitungen Illustrationen entnimmt. „Es handelt sich um illustrierte Inserate“ — und dann das noch nachgemachte Schicksal zum Verkauf ausschreibt. Das gehört zum „Schuhmarkt“. Die Kenntnis dessen aber auch zur Würdigung der kapitalistischen Moral. Nun beiduldigt aber „Schuhmarkt“ unter demselben Titel „Warnung“ die Zeitung „Schuh und Leder“, daß sie dem „Schuhmarkt“ zwei Klüches „entlehnt“ und zum Verkauf angeboten hat. Reichlich! Wie sagt doch Heine: „Es will mich nicht beunruhigen“.

Eine berechtigende Vertheidigung der Schuhmader. Unter der durchaus deploirten Epigramme „Ehret das Handwerk“ wird aus Bezug folgender Vorfall berichtet. Der 22. Jahre alte Schriftsteller Wenzel Besjovic gab amends 11 Uhr durch die Weinberger Kronengasse an der Schuhmaderwerkstätte des Johann Kopetz, wo nach gearbeitet wurde, vorbei, stellte sich vor das Fenster und sang ein das christliche Schühlerbandwerk versehenes Lied. Der 21. Jahre alte Schuhmadergehilfe F. Stjepina sprang wüthend aus, lief auf die Gasse und schloß den Besjovic zur Weh. Es kam zu einem Streite, in dessen Verlauf Stjepina dem Besjovic zwei Schindeln auf dem Rücken beibrachte. Eine Schühlerpartei schritt ein und führte die beiden Gegner in die Polizeiwache, wo der Besjovic, der Schuhmader dem Verleihen die erste Hilfe leistete. Stjepina wurde in Haft gehalten. — Der Herr Stjepina hat sich da ganz unangemessen verhalten. Die Vertheidigung der Arbeiterklasse und Umordnung im Schuhmadergewerbe, in dem mitten im Sommer bis Pirmanses geschäht wird, während andere Arbeiter schon seit fünf und sechs Stunden fetterabend haben und der Nachtruhe pflegen, nur wollauf begründet und der Herr Stjepina hätte länger getrun, seinem Meister zu erklären: Herr Stjepina, der Mann da draußen hat ganz recht, ich habe es auch gründlich fait, unter diesen unerträglichen Verhältnissen werden zu arbeiten, ich will eine geordnete Arbeiterzeit und einen früheren Feierabend, wie die Millionen anderer Arbeiter auch und ich mache jetzt meinen Streik mehr. Ich schlicke mich jetzt der Organisation meiner Kollegen an und werde mit ihnen gemeinschaftlich dahin wirken, daß die Hühndere im Schuhmadergewerbe so geregelt werden, wie in andern Gewerben und daß daselbst nicht länger mehr dem Spott und Hohn des Publikum preisgegeben ist. Eine solche Rede wäre vernünftig gewesen, die von Herrn Stjepina verübte Verleumdung aber beweist nur die Verleierung und Verrohung der Arbeiter durch die lange Arbeitszeit. Die von den Pirmanses mißbrauchte Epigramme „Ehret das Handwerk“ bedeutet hier: Ehret die Arbeiterzeit und Umordnung, die endlose Arbeitszeit, den achtzehnstündigen Arbeitszeit, die Hungerlöhne, die Verrohung und Verleierung, die Herabwürdigung und Beschädigung des Handwerks. Weider aber stehen die Dinge nicht nur in Bezug, sondern auch in zahlreichen deutschen Orten. Dagegen hilft nur die Organisation.

Ein Schuhfabrikant für den gesellschaftlichen Kundentag. Im schweizerischen Nationalrat hat die sozialdemokratische Fraktion die Revision des Fabrikgesetzes, hauptsächlich im Sinne der Einführung des Jehn, anstelle des Pfingstentages beantragt und in Bern hat sich dazu eine große Versammlung beauftragt, in der ein Sozialdemokrat, ein Vertreter der Gewerbetreibenden und ein solcher der Industriellen das Wort nahen. In der Diskussion trat auch der bekannte Schuhfabrikant Dally in Schönenwerd auf, um die Einführung des gesellschaftlichen Jehnentages zu befürworten. Er führte unter anderem aus, daß die Befragungen in seinem Geschäft, in welchem der Jehnentag eingeführt ist, bemerkt haben, daß die Produktion unter dieser Verfassung nicht gelitten habe. Bei längerer Arbeitszeit mache sich eine Ermüdung der Arbeiterkraft geltend, so daß in 15 Stunden nicht mehr geleistet werde als in zehn. Die verfuhrte Arbeitszeit liege auch im Interesse des Geschäftes. Daselbe haben wir schon oft behauptet, wenn es nun auch einer der größten unterwühligen Schuhfabrikanten sagt, so wird es wohl wahr und mancherheit sein.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie im Monat Mai. Die Nr. 8 des Reichs-Arbeitsblattes enthält eine reichhaltige Uebersicht über die Tätigkeit der Arbeitsnachweise, worunter auch eine ganze Anzahl für Schuhmader. Es hatte der Arbeitsnachweise der Pirmanses in Berlin des Vereines deutscher Schuhmader 109 Arbeitsgehende und 78 offene Stellen, sowie 43 Vermittlungen zu verzeichnen. Dazu wird bemerkt: „Die Lage des Arbeitsmarktes für Schuhmader ist gut, mechanische Schuhindustrie gut, Holzschuhindustrie ziemlich gut,

Polenindustrie soll. Die Zahl der Leipzig verzeichnete 13 Arbeitslose, 15 offene Stellen und 12 Vermittlungen. Der Arbeitsnachweis für Schumacher in Braunschweig verzeichnete 32 Arbeitslose, 35 offene Stellen und 32 Vermittlungen. Bemerkung: „Vehsch“. Arbeitgeber waren mehr als Arbeitsnehmer.“ Schuhmachernachweis in Potsdam am 6. 9. 94; Anstellungsarbeitenachweis für Schumacher und Holzgerber in Hannover: 147, 185, 68; Schuhmachernachweis in Hannover: 75, 50, 41; Nürnberg: 52, 86, 86; Dresden: 148, 100, 100; Bemerkung: „Im allgemeinen ist zu bemerken, daß ein Mangel an Gehilfen eigentlich nicht vorhanden ist, die Löhne sind in dem letzten Geschäftsjahre zu suchen sein. Am nützlichsten Arbeitern ist Mangel.“ Leipzig: 178, 186, 114; Bemerkung: „Es konnten im Monat Mai 22 Stellen nicht besetzt werden, da es an geeigneten Arbeitern resp. Gehilfen fehlte.“

Der „Herr im Hause“ an der Arbeit. Die Ostpreussische Schuhfabrik von Julius Grynman & Co. in Insterburg hat eine neue Fabrikordnung herausgegeben, welche den Angestellten zur Einsicht vorgelegt wurde. Diefelbe wurde aber von den Angestellten nicht anerkannt, worauf von Herrn G. dem sämtlichen Personal, das nicht unterzeichnet, gekündigt worden sein soll. Das heißt, die Gewerbetreibende gibt den Arbeitern das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der Arbeitsordnung, wenn sie aber davon Gebrauch machen, werden sie auf die Straße geworfen. Darin offenbart sich herrlich der Rechts- und Geseßsinn von Schuhfabrikanten.

Christliche Wahrheitsliebe.

Genauere Beobachter der christlichen Gewerkschaftsbewegung machen die Bemerkung, daß es eine Spezialtendenz der Christlichen ist, die freien Gewerkschaften und besonders deren Führer mit dem Mittel der Lüge und Verleumdung zu bekämpfen. Mit einer Deutlichkeit, die nur der Christlichen eigen ist, werden selbst die neuesten Botschaften in ihr Gegenteil verkehrt, und werden den Führern der freien Gewerkschaften, mögen diese in selbstloser und aufopfernder Weise noch so sehr die Interessen der Kollegen gewahrt haben, die ehrenwürdigsten Handlungen angedeihet. Die christliche Gewerkschaftspropaganda nimmt von Verleumdungen dieser Art, die dann in den Versammlungen der Christlichen ihr Echo finden.

Dabei ist gegen Verleumdungen von jener Seite das sonst unter anständigen Leuten übliche Mittel der Verächtlichmachung nutzlos, und weil wir, sehr im Gegensatz zu den Christlichen, nicht gleich zum Radt laufen, so fühlen sie sich in ihrem unaufrichtigen Handwerk sehr sicher und handeln dem Grundgesetz treu: „Verleumde immer weiter, etwas bleibt doch daran hängen.“

Die Presse der freien Gewerkschaften läßt solche Erzeugnisse christlicher Wahrheitsliebe in der Regel unberührt und belohnt damit eine richtige Werthschätzung. Folgender Fall jedoch dürfte den Höhepunkt der Unverschämtheit und Ungegenständlichkeit erreicht haben, weshalb wir ihn veröffentlichen als Charakterbild christlicher Wahrheitsliebe und zur Aufklärung für unsere Kollegen.

Im vorigen Jahre brachte das „Christliche Gewerkschaftsblatt“ eine Notiz aus Köln, in welcher besauptet wurde, Kollege Wogniat aus Köln sei ein Streikbrecher, er habe bei dem Streik der Schopf-arbeiter in Köln im Jahre 1900 weiter gearbeitet. Trotz einer Verurteilung des Kollegen Wogniat im genannten Blatte, wurde diese Aufschuldigung immer wieder erhoben und noch heute geben die christlichen Wortführer damit haushieren.

Wie ist nun der wahre Tatbestand?

Im Jahre 1900 arbeitete Kollege Wogniat für einen Arbeitgeber, der fünf bis sechs Werftarbeiter größtenteils auf Reparatur beschäftigte. Wogniat selbst arbeitete nicht auf Werkstoff, sondern auf Holz, was auch nicht voll beschäftigt, sondern machte wöchentlich 2 bis 3 Paar Böden mit. Er mußte sich damit begnügen, nachdem er vorher seinen Zügel für die Drahtseile und seiner wegen der Aufnahme an den Arbeitervereinigungen zum Streik aus den ersten Gehältern hinausgedrängt wurde. Die Werftarbeiter des betreffenden Geschäftes waren nicht organisiert und auch nicht zur Arbeitsüberlegung zu bewegen. Der Wagniat wurde der Weiterarbeitende wurde Kollege Wogniat allein beim Arbeitgeber vorgeführt und erzielte, daß dieser für die Werftarbeiter die 8. Lohnklasse und für Holzarbeit die 2. Lohnklasse bewilligte. Die schriftliche Verzeichnung des Arbeitgeber wurde, genau so wie die anderen, dem Schriftführer der Lohnkommission abgegeben und bei den Besprechungen der Streikenden wurde bekannt gegeben, daß der betreffende Arbeitgeber die Forderungen bewilligt hat. Jedem Kollegen, auch den Christlichen, hand es frei, sich davon zu überzeugen. Kollege Wogniat hätte also weiter arbeiten können, ohne Streikbruch zu begehen, er arbeitete aber nicht weiter, weil er mit der Leitung des Streiks voll auf zu tun hatte, sondern gab vielmehr das eine Paar Böden, welches er von dem Geschäft noch in Arbeit hatte, einem andern Kollegen zur Anfertigung. Das Gelingen des Streiks stand ihm höher als seine eigene Ehre und darum verzichtete er auf die Wagnahme, die er durch das Weiterarbeiten erzielt haben würde und begnügte sich mit der weit geringeren Streikunterstützung. Nachdem der Streik einige Wochen gedauert und die Leitung desselben nicht mehr soviel Zeit erforderte, hätte Wogniat wohl einige Arbeit machen können, aber sein Arbeitgeber gab ihm keine Arbeit mehr und auch nach Beendigung des Streiks erhielt er aus dem Geschäft keine Arbeit. Ja, noch mehr, auch in den anderen ersten Gehältern erhielt er keine Arbeit, sondern mußte sich mit der Arbeit, die er von seinen Kollegen und den Kleinrentnern erhielt, begnügen, was ebenfalls nachteilig für ihn war. Erst ein halbes Jahr nach dem Streik erhielt Wogniat wieder in einem ersten Ranggeschäft Arbeit, wo er auch noch heute beschäftigt ist.

Also, obgleich Wogniat hätte während des Streiks arbeiten dürfen, hat er seit Beginn desselben, bis ein halbes Jahr nach dem Streik für kein Geschäft gearbeitet. Eine Tatsache, die allen seinen Kollegen, auch den Christlichen, bekannt ist. Und dennoch haben letztere die Eizn, Kollegen Wogniat des Streikbruchs zu bezichtigen und kolportieren diese Verleumdung in ihrer Presse und in ihren Versammlungen weiter.

Ja, damit nicht genug! Frech wie ein Spatz lägen sie weiter: „Das Verhalten des Kollegen Wogniat habe damals allgemeines Mißtrauen erregt“ und ein christlicher Redner in Frankfurt habe dem Zuhörer gesagt, die Krone auf, indem er in einer vor mehreren Wochen dort abgehaltenen Versammlung sagte: „Der Streikführer wurde dem Kollegen Wogniat nach dessen Verurteilung in dem „Christlichen Gewerkschaftsblatt“ unter 3 Augen nachgewiesen.“ Diese aus der Luft gegriffenen Behauptungen zeugen von einer Gemeinheit und Charakterlosigkeit, die nicht stark genug gekennzeichnet werden kann.

Aber damit sind die Leistungen dieser Wahrheitsliebenden Christen noch nicht erschöpft. In einer im Februar d. J. von uns einberufenen Versammlung forderte Kollege Wogniat die anwesenden Christlichen auf, die gegen ihn erhobenen Verleumdungen in der Versammlung zu wiederholen. Doch keiner hatte den Mut dazu, obgleich die Urheber der Verleumdung anwesend waren. In einer andern, gleichfalls von uns im Februar d. J. einberufenen Versammlung, in welcher Kollege Kollé referierte, erklärte ein christlicher Redner: „Die Christlichen seien ebenso gute Gewerkschaftler als die Freiarbeiter, denn er habe im Jahre 1900 ebenso gut mitgearbeitet wie Kollege Wogniat.“ Diese Äußerung stellt Wogniat gleich, aber die nachfolgenden christlichen Redner erwähnten diese Angelegenheit nicht, obgleich Wogniat ihre Verbalten scharf kritisierte. Nach einigen Wochen hielten die Christlichen eine öffentliche Versammlung ab, in welcher wir nicht erschienen und hier besauptete derselbe christliche Kollege, der sich in unserer Versammlung gerühmt, genau so mitgearbeitet zu haben

als Kollege Wogniat, wiederum — Wogniat sei doch ein Streikbrecher. Nebenbei bemerkt, sind die religiösen Empfindungen dieses Christen so stark, daß nach seiner eigenen Aussage die antireligiösen Verleumdungen unseres „Nachbarn“ ihm jedesmal einen Stoß ins Herz geben.

So ist diese Sorte Christen! Schändt und feige. In unserer Versammlung gehen sie zu, die Unwahrheit zu sagen zu haben, sobald sie aber unter sich sind, erzählen sie ihren Schwestern wieder das Gegenteil. Und solche Menschen sprechen von Verleumdung der religiösen Gewerkschaft durch die freien Gewerkschaften; gründen christliche Gewerkschaften, weil die freien ihr Seelenheil gefährden. Ja, handelt denn der christlich, der ein solches Zeugnis abgibt nicht seinen Nächsten? Doch da hilft die Jesuitenmoral heraus: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Der Zweck und die eigentliche Aufgabe der christlichen Gewerkschaft ist, die Arbeiter zu christlichen zum Nutzen der Unternehmung. Und wie obiges zeigt, sind die Christlichen eifrig bemüht, ihren Zweck zu erfüllen. Jedes dabei angewandte Mittel, mag es an sich noch so schmutzig sein, wird heilig und schadet dem Seelenheil nichts.

Das ist die Logik der Christlichen. Die Kollegen allerorts werden hieraus ersehen, mit welchen Elementen wir uns hier herumzuschlagen müssen.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Jahre 1902 in amtlicher Beleuchtung.

Der Reichsanzeiger bringt einige Auszüge aus den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Jahre 1902. Es wird natürlich auf diese Weise, sobald sie erliegen sind, ausführlich zurückzukommen sein, aber es dürfte doch interessieren, welche Beobachtungen die Staatsbeamten gemacht haben, um ihre Meinung den Ausführungen der staatsrechtlichen Wandelsräger, die von einer Not des Volkes nichts wissen, gegenüberzustellen.

Im großen und ganzen mißt natürlich die Fabrikinspektoren konstatieren, daß die Löhne im Jahre 1902 stark zurückgegangen sind und noch stärker die Jahreserlöse, denn dem niedrigen Lohne entsprach geminderte Arbeitslosigkeit. Der Bericht für den Regierungsbezirk Frankfurt a. D. konstatiert: „Besonders in der Maschinenindustrie wurde durch die gestiegenen Schichten der Verdienst stark geschmälert, außerdem kamen hier wie in der Holzbearbeitungsindustrie Lohnherabsetzungen bis zu 15 Prozent vor.“ Im Regierungsbezirk Breslau, Liegnitz und Oppeln wird konstatiert, „daß der wirtschaftliche Niedergang vielfach die Herabsetzung der Löhne, Aufhebung der früher bewilligten Lohnprämien, Einlegung der Forderungen, oder längere Verurteilung von Arbeitern zur Folge hatte.“

Verleumdungen! Ist gut! Die schlechtesten Anbittermagazine haben in dem glänzenden Ansehen 1896 bis 1900 nicht genug Arbeiter herbeizuführen können: die Zahl der Industriearbeiter ist hier in dieser kurzen Spanne Zeit in einzelnen Bezirken um 30 Prozent und mehr gewachsen. Jetzt werden diese Arbeiter „beurlaubt“, d. h. sie können nicht, wie sie sich durchhängern. Aber auch nicht die äußere Not eingetreten ist, nicht es schämte genug.

Der Bericht für den Regierungsbezirk Breslau besagt: „Der Selbstkonsum, wie z. B. im Aufschlagsbezirk Neudorf, kein Rückgang der Lohnsätze zu verzeichnen war — weil hier ein Bahnbaubau die überschüssigen Kräfte beschäftigte — ist die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen infolge Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Fleisches, noch eine schlechtere geworden.“ Die Herren Fabrikanten, die bekanntlich als Politiker für die Mittelstandspolitiker sind, sind nicht genug, die steigenden Preisen der Lebensmittel die Löhne zu erhöhen, damit der Arbeiter den Krämer und Fleischer höhere Preise zahlen kann, dagegen greifen sie zu allen „humanitären“ Mitteln, um dem Arbeiter etwas vorzumachen. Da wird z. B. berichtet, daß eine Firma der Textilindustrie in Langenbielau einen eigenen Schlachthof errichtete und den Arbeitern das Fleisch zum Selbstkostenpreis verkaufte (womit jedenfalls den Fleischer am Ort sehr gedient war). Das Resultat war nun: der Absatz des Fleisches blieb hinter den Erwartungen zurück — weil selbst diese Preise den Arbeitnehmern noch zu hoch sind, konstatiert nämlich der Bericht. Langenbielau liegt im Wahlkreise Neudorf-Neurode, der im Reichstags von dem vieldeuten Anton Fritz Wilhelm Graf v. Magnus, Fideikommissbesitzer auf Gerdorf, vertreten ist, einem Zentrumsmann, der natürlich für Würdiger auf Brot und Fleisch plädierte.

Für den Regierungsbezirk Münster wird ein allgemeines Sinken der Löhne konstatiert. „In 28 Hüttenwerken im Bezirk Dagen sank der Durchschnittslohn für Kopf und Jahr um 22 M., in 18 Hüttenwerken des Bezirks Bodum um 46 M., in 21 Hüttenwerken des Bezirks Dortmund um 66 M. und in 58 Hüttenwerken des Bezirks Sagan um 75 M.“

Der allgemeine Schluss, den auch der vorsichtige Reichsanzeiger aus den nicht minder vorsichtigen Berichten der Beamten zu ziehen gezwungen ist, lautet: „Von besonderem Einflusse war die andauernde ungünstige Geschäftslage auf die Lebensverhältnisse, insbesondere auf Ernährungs- und Wohnungsbedingungen. Außerdem ist durch die im Berichtsjahre vielfach eingetretene Steigerung der Lebensmittelpreise die Gesundheit der Arbeiter erheblich erschwert worden.“ So zu lesen im amtlichen Organ derselben Regierung, die mit allen Mitteln den verbrochenen Lebensmittelmacher fördert und durch Annahme eines Zolltarifes, der direkt zu gefährlichen Handelskrisen führen muß, neue Krisen heraufbeschwört.

Soziale Bundesgenossen.

Blünderung in Todesfällen. Wie die Schuhfabrikanten leider soziales Verständnis vermissen lassen, so auch die ihnen dienbare Presse, die Verständnislosigkeit beider Teile steht in uniglicher Bestehlichkeit. Dafür leidet „Schuh und Leder“ neuerdings einen ganz unmaßigen Beweis. Das Blatt erörtert das von den Verlagsgesellschaften an idyllisch Verlekte zu leistende Sterbegeld und die Gewährung von begünstigten Vorständen seitens der Unternehmer und mahnt diese eindringlich zur Vorsicht, da die armen Arbeiter zu verschwinden verstehen, wenn die Arbeitgeber die Kosten hierfür zu tragen haben. Und nun wird die spezifische Berechnung der Kosten einer Beerdigung angeführt, welche die Gesamtsumme von 463,87 M. ergibt. Die Rechnung macht keinen Hehl dem Einbruch eines solchen Wibes, aber sie enthält auch Stellen, die tatsächlich selbst von den armsten Hinterlassenen geholt werden müssen. Wir lesen nun daraus keine „Verständigung“ der Arbeiter, sondern vielmehr eine geradezu rübergehende Plünderung der Vermögen in Todesfällen heraus und ordern daher unentgeltlich die Verhältnisse heraus und ordern: „Schuh und Leder“ diese Forderung unterstützen und mit uns gemeinschaftlich für ihre Bewerkstelligung kämpfen?

Verleumdung angelegter Streikposten. Gelegenlich der Auspressung der Arbeiter einer Firma in Berlin im März d. J. stellte die Polizei bisher fünf Beleidiger dem Gerichte als Streikposten, die angeblich den Verkehr auf der Straße behindert haben sollten. Die fünf Mann wurden freigesprochen. Jetzt erschienen zwei Schloffer als Nummer 6 und 7 auf der Anklagebank wegen des gleichen Vergehens; auch diese wurden freigesprochen und sämtliche Kosten einschließlich der der Verteidigung dem Staatsfiskus aufgelegt. Die Polizei dürfte sich durch diese Mißgeschickel abhalten lassen, indes Dienstes im Interesse der Unternehmer auch ferner zu walten.

Zum Versammlungsrecht der Frauen in Bayern ist eine sehr wichtige Entscheidung des Staatsministeriums des

Innern gefallen. In einer Volksversammlung, die im Oktober v. J. in Würzburg stattfand, veranlaßte der überwachende Polizeibeamte die Entfernung der anwesenden Frauen auf Grund seiner Erklärung, daß die Versammlung eine politische sei. Auf die eingeleitete Beschwerde hat das Staatsministerium entschieden, daß der Beamte die Grenzen seiner Befugnisse überschritten hat. Dem überwachenden steht lediglich das Recht zu, den Vorhänden darauf aufmerksam zu machen, daß ihm die Anwesenheit von Frauen als dem Gesetz zuwider erscheine, und daß er Straf anzeigen erlassen werde. Ob im gegebenen Falle die Versammlung als eine politische aufzufassen sei, das zu entscheiden steht den ordentlichen Gerichten zu. Der Entscheid des Staatsministeriums stellt mithin fest, daß dem überwachenden Beamten unter keinen Umständen die Befugnis zusteht zur zwangsweisen Ausweisung von Frauen aus einer Versammlung oder zur Auflösung einer Versammlung wegen der Anwesenheit von Frauen.

Mitteilungen.

Bremen. Der Streik der Schuhmacher in Bremen ist am Montag nach neubewiesener Dauer beendet worden. Man schreibt uns dazu: Es ist ein für die Arbeiter sehr magerer Vergleich zustande gekommen. Obwohl die Streikenden nicht gewillt waren, den Kampf unter diesen Bedingungen aufzugeben, so mußten sie doch in den lauren April heißen, weil im Anfang der Ferien das Geschäft bekanntlich so flau geht, daß nichts mehr zu holen ist. Daß der Streik so lange dauern konnte und mit einem für die Arbeiter so unglücklichen Resultat beendet werden mußte, liegt einestheils daran, daß ein Teil der Arbeiter ihre erbärmliche Lage nicht erlarmt und Streikbrecher gesperrt haben, anderntheils die vielen kleinen jämmerlichen Geizhähne sich während des Streiks Tag und Nacht hingepflegt und den wirklich zahlungsfähigen Arbeitgebern die notwendigen Arbeiten fertig gemacht haben. Neue Arbeit ist in auswärtigen Fabriken gemacht worden. Die Vaugewerksmeister sollen nach gewissenhafter Erundung auch ihr gut Teil dazu beigetragen haben, daß der Streik so lange dauern mußte: sie haben in der Weise die Schuhmachereinnahmestücke scharf gemacht, daß sie dieses Frühjahr nicht bewilligen sollten. Es ist kaum zu glauben, daß sich die Schuhmacher von den großen Vaugewerksmeistern leiten lassen, wo hier das Geschäft unter der Konkurrenz der Grobindustrie so sehr leidet und sie infolge dessen alle Ursache hatten, jede Störung zu vermeiden. Der lange Streik hat dem Geschäft viel mehr geschadet, als wenn unsere Forderungen bewilligt worden wären. Der Schaden, den die Arbeitgeber erlitten haben, ist so groß, daß mehrere Jahre die erhöhten Lohnforderungen davon bezahlen konnten. Die Ladenbesitzer haben während des Streiks ein gutes Geschäft gemacht. Wenn die Verren nun aber glauben, daß jetzt der Frieden hergestellt ist, so irren sie sich ganz gewaltig. Der lange Kampf hat nicht, wie es die Zeitung schon vor Pfingsten erwartete, die Arbeiter auseinander getrieben, sondern erst recht zusammengeführt. Diefelben werden jetzt erst recht zu ihrem Verband halten und das, was jetzt unter den mäßigen Umständen nicht zu erreichen war, in aller nächster Zeit zu erlangen wissen. Der Arbeiterchaft Bremens, welche uns finanziell unterstützt hat, sprechen wir unsern besten Dank aus.

Wie christliche Gewerkschaften gemacht werden.

Einem interessanten Beitrag zur Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaftsorganisation liefert das Verbandsorgan der deutschen Glasarbeiter unter der Marke: „Politik im Reichstisch.“

(Ort der Handlung: Kirche eines Fabrikortes bei Saarbrücken. Personen: Ein katholischer Kaplan, ein Glasarbeiter. Zeit: Erste Hälfte des April 1903. Kapl. (als Beichtvater): „Was machen Sie Sonntags morgens, weil Sie nicht in die Kirche kommen?“

Beichtender: „Ich lese.“ Kapl.: „Was ist das für ein Blatt?“ Beichtender: „Den Fachsenossen.“ Kapl.: „Was ist das für ein Blatt?“

Beichtender: „Eine Zeitung für die deutschen Glasarbeiter.“ Kapl.: „Ist das ein Verband?“ Beichtender: „Ja.“

Kapl.: „Gehören Sie diesem Verband auch an?“ Beichtender: „So hat der Verband seinen Sitz?“ Beichtender: „In Berlin.“

Kapl.: „Wird Gott! Wissen Sie denn nicht, daß das Sozialdemokraten sind — diese sind ja gegen unsere Religion! Sie müssen unbedingt austreten. Verzeihen Sie alle Sünden davon. Wollen Sie mir das versprechen?“

Beichtender: „Ja.“ Kapl.: „Sind noch mehr Arbeiter in diesem Verbands?“ Beichtender: „Ja.“

Kapl.: „Geben auch schon von diesen gebeichtet?“ Beichtender: „Ja.“

Kapl.: „Sagen Sie zu diesen, wenn sie nicht austreten, ist ihre Beichte unglültig. Sagen Sie ihnen weiter, daß wir in der nächsten Zeit einen christlichen Verband hier gründen, das kostet pro Monat nur 30 Pf., ist also gar nicht teuer; treten Sie bei den Sozialdemokraten aus, dann kommen Sie später zu uns! Wollen Sie mir das alles versprechen?“

Beichtender: „Ja.“ Kapl.: „Nach dieser hochnotpeinlichen politischen Gewissensfolter erfolge dann die heilige Abolution.“

Einem weiteren Beitrag dieser Art der Gewerkschaftsbesamung im Reichstisch veröffentlicht die „Augsburger Volkszeitung“ von dem Wallfahrtsort Köbel in Schwaben:

Ein junger Mann ist Vorstand einer gewerkschaftlichen Organisation, muß manden Sonntag Vormittag zur Regelung der Verbandsangelegenheiten ins Lokal nach der Stadt und kann dabei nicht jeden Sonntag zur Kirche gehen. Rechtig brachte er diesen Umstand, weil er ihm sondbast dünkte, im Reichstisch vor.

Der Pfarrer mußte dann ganz genau wissen, was das für ein Verband ist. Als der Beichtliche alles gesagt, war der Pfarrer entrüstet, daß jener einer solchen Vereinigung, die ja sozialdemokratisch sei, angehöre. Lieber allem aber müsse die Fügne der katholischen Kirche fallen.

Die christlichen Gewerkschaften haben schon mehrfach bestritten, daß sie Organisationen gegen die Gewerkschaften gründen; es ist ihnen nur um die Sammlung der unorganisierten christlichen Arbeiter zu tun. Man braucht nur die Geheimnisse der Reichstischorganisation etwas zu lästern und sofort steht die Sache wemlich anders aus.

Erwidrerung.

Herr Lufts als entgegnet, wir schämten uns, daß die betreffenden Arbeiter am 11. Mai ein Fest hier geknanden und darauf schwere Röße gehabt hätten. Herr Lufts verweigert aber, daß er dabei selber mit beteiligt war. Es ist ferner der Beichtliche mit schwerem Kopf beladen gewesen, dagegen können wir von Herrn Lufts konstatieren, daß er bei der erwähnten Gelegenheit früher beraucht war als andre.

